

Hand in Hand für Essens Zukunft – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Reinhard Paß – Oberbürgermeister der Stadt Essen

Festvortrag anlässlich des

Festempfangs der Bau und Ausbauinnung der Kreishandwerkerschaft Essen

11.03.2010

Anrede,

zunächst möchte ich mich herzlich für die freundliche Einladung bedanken, die Festrede des heutigen Abends zu halten. Ich freue mich, heute hier zu Ihnen zu sprechen, denn der Festempfang der Kreishandwerkerschaft Essen und der Bau- und Ausbauinnung ist eine traditionelle Veranstaltung, die aus unserer Stadt nicht wegzudenken ist. So wundert es mich nicht, dass hier zahlreiche hochrangige Vertreter aus Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppierungen ihren Blick auf die aktuelle Situation in unserer Stadt erläutern, und Gedanken über die Zukunft unserer Stadt und im Speziellen Gedanken zum Essener Handwerks erörtern. Das zeigt einmal mehr, dass das Handwerk fester Bestandteil unserer Stadtgesellschaft ist. Damit meine ich nicht nur die Tatsache, dass das Handwerk der größte Arbeitgeber in unserer Stadt ist.

Deshalb ist es mir auch ein persönliches Anliegen, beim ersten Festempfang in meiner Amtszeit als Oberbürgermeister unserer Stadt zu sprechen. Insbesondere deshalb habe ich mich über die Einladung gefreut.

„Die Lage war noch nie so ernst“ – mit diesen Worten des ehemaligen Kölner Oberbürgermeisters und späteren Bundeskanzlers Konrad Adenauer hat mein Vorgänger seine Rede an dieser Stelle zu Beginn seiner Amtszeit begonnen.

Auch ich möchte dieses Zitat heute noch einmal in den Focus rücken – denn es ist heute aktueller denn je – nicht nur für unsere Stadt und die Menschen, die hier leben, sondern für viele andere Städte insbesondere aber für die des Ruhrgebiets und des bergischen Städtedreiecks.

Wir stehen heute vor einer der größten Herausforderungen, die unsere Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger je zu meistern hatten.

Da ist zunächst die demographische Veränderung in unserer Stadt: wir werden immer weniger, immer älter und immer bunter. Zählte Essen 1962 umgerechnet auf das heutige Stadtgebiet rund 750.000 Einwohner, sind es heute nur noch rund 580.000. Ein weiterer Bevölkerungsrückgang ist vorgezeichnet, wenn auch mit abgeschwächerter Tendenz, als vor wenigen Jahren befürchtet. Grund dafür ist eine auf niedrigem Niveau stagnierende Geburtenrate, mit der Folge, dass sich unsere so genannte Alterspyramide von einer Pyramide in eine Art Tannenbaum entwickeln wird. Auf dieses „weniger, älter und bunter“ müssen wir Antworten finden. Denn damit verbunden sind Auswirkungen in allen Bereichen: Veränderte Anforderungen an den Wohnungsbau, Anpassen der städtischen Infrastruktur, Weiterentwicklung der Bildungssysteme, Vorbeugen des drohenden Fachkräftemangel sind hier nur vier willkürliche Stichpunkte in diesem Zusammenhang. Bei diesen komplexen Zusammenhängen wird die Politik nicht allein die Weichen stellen können, vielmehr brauchen wir eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über die notwendigen Veränderungen in unserer Stadt.

Diese Diskussion über die Folgen der demografischen Veränderungen geht einher mit der zweiten großen Herausforderung.

Die zweite große Herausforderung, vor der wir stehen, ist die dramatische finanzielle Situation der Stadt, die uns im Moment fast alle Gestaltungsmöglichkeiten nimmt.

Ende Januar hat die Bezirksregierung in Düsseldorf unserem Kämmerer Lars Martin Klieve und mir mitgeteilt, dass Essen ab sofort als „Stadt mit drohender Überschuldung“ behandelt wird. Das heißt, die Bezirksregierung geht davon aus, dass das Eigenkapital der Stadt im mittelfristigen vierjährigen Finanzplanungszeitraum aufgezehrt sein wird, konkret im Jahr 2013. Das ist die Prognose. Und Prognosen treten ein, wenn nicht gehandelt wird. Wie ist das zu verstehen?

Die Stadt Essen hat mit Stichtag 01.01.2007 das kaufmännische Rechnungswesen eingeführt und – das gehört dazu - eine Eröffnungsbilanz aufgestellt. Diese Bilanz hat damals ein Eigenkapital von etwas mehr als 2 Mrd. € ausgewiesen. Die nicht ausgeglichenen Haushalte der vergangenen Jahre haben das Eigenkapital auf aktuell 1,4 Mrd. Euro schrumpfen lassen. Und als wir begonnen haben, den Haushalt 2010 aufzustellen und im Herbst die aktuellen Steuerprognosen erhielten, war klar, dass wir in der Prognose der Jahre 2010 bis 2013 regelmäßig ein Defizit von mehr als 400 Mio. € pro Jahr haben würden, so dass die Summe der jährlichen Defizite im Laufe des Jahres 2013 das Eigenkapital von 1,4 Mrd. Euro auf Null Euro aufgezehrt haben würde. Ich glaube, ich muss Ihnen als Handwerker und Unternehmer nicht erklären, was das im Wirtschaftsleben bedeutet: Ein Unternehmen wäre spätestens dann pleite.

Im §75(7)GO heißt es: „ eine Gemeinde darf sich nicht überschulden“.

Das ist im Gesetz so leicht formuliert, passiert aber trotzdem. Und wenn im Verlauf der vierjährigen Finanzplanung nur droht, was eigentlich nicht passieren darf, gelten vom ersten Tag der Erkenntnis andere Regeln, also Sanktionen.

Diese Sanktionen nehmen uns allen ab sofort - ob Rat oder Verwaltung - das Handeln – also quasi die Freiheit, die kommunale Selbstbestimmung - weitgehend aus der Hand. Aktuell dürfen wir beispielsweise nichts mehr investieren was freiwillig ist, wir dürfen kein Personal mehr neu einstellen, es ist uns weitgehend untersagt auszubilden. Gerade fertige Verwaltungsfachangestellte oder frische Beamte nach der Ausbildung dürfen auch nicht übernommen werden, obgleich sie mit ihrer Ausbildung nirgendwo anders als in öffentlichen Verwaltungen, einem schrumpfenden Arbeitsmarkt, arbeiten können. Ratsbeschlüsse sogenannter freiwilliger Aufgaben, die mit zusätzlichen Kosten verbunden sind, müssen von mir als Oberbürgermeister von Gesetzes wegen beanstandet werden – entfallen also keiner Wirkung.

Deshalb dürften wir selbst ein Museumsgeschenk heute nicht mehr annehmen. Und auch bei bezuschussten Maßnahmen z.B. aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz oder der Städtebauförderung oder anderer Fördertöpfen ist es uns untersagt, die erforderlichen Eigenmittel von vielleicht nur 10 oder 20% bereitzustellen. Was ist die Folge: Diese Landesmittel landen dann zusätzlich da, wo die Kommune noch finanziell selbstbestimmt ist, aber nicht mehr bei uns. Die Schieflage wird gefördert.

War diese Entwicklung absehbar? Ich sage, so konkret nicht. Die Finanzkrise des Jahres 2008/9 hat uns überfallartig erreicht. Mit all ihren Folgen: Sinkende Steuereinnahmen und steigende Sozialausgaben treffen den städtischen Haushalt ab 2010 voll.

Hinzu kommt, etwas mir völlig Unerklärliches: Trotz der dramatischen Situation hat die Bundesregierung in dieser Situation der bisher noch nie da gewesenen Verschuldung des Bundes und der Kommunen, Steuersenkungen beschlossen – Stichwort „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ -

Was dieses Wachstumsbeschleunigungsgesetz für Essen bedeutet, zeigen folgende Zahlen für das Jahr 2011: Im Jahr 2011 verliert die Stadt nach einer Vorausschätzung 7,7 Mio. € Gewerbesteuer und vom Anteil der Einkommensteuer fehlen weitere 6,8 Mio. €. Das heißt, im Jahr 2011 hat die Stadt, ohne das sie was dafür kann, 14,5 Mio. € geringere Einnahmen. Weitere Steuersenkungen drohen uns, der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien nennt hier ein Volumen von weiteren 24 Mrd. € Steuersenkungen, die unsere Stadt in zweistelliger Millionenhöhe treffen werden.

Auch, wenn ich bei vielen von Ihnen damit nicht auf Gegenliebe stoßen werde: Ich bin der Überzeugung, dass es nicht die Zeit für Steuergeschenke an wenige ist und es ist auch nicht die Zeit für Leistungen, die Bund und Land beschließen und unsere Stadt finanziell belasten. Denn: Wir müssen ab sofort mit den fatalen rechtlichen Konsequenzen einer mittelfristig drohenden Überschuldung leben. Das heißt: **Ab sofort** muss jede – ich betone – jede Maßnahme mit finanziellen Auswirkungen auf die Stadt vom Regierungspräsidenten in Düsseldorf einzeln abgesegnet werden. Davon sind auch Aufträge betroffen, die an das Essener Handwerk gehen könnten.

Ich fürchte aber in der Praxis wird das auch heißen: genehmigt werden aller Voraussicht nach nur noch diejenigen Maßnahmen, zu denen die Stadt gesetzlich unmittelbar verpflichtet ist.

Eine weitere Frage drängt sich immer wieder auf: Ist die finanzielle Situation der Stadt Essen hausgemacht? Im Grundsatz und in der Höhe nein, im Detail hier und da ja; natürlich hat auch das eigene Verhalten von Politik und Verwaltung hier und da beigetragen, dass die Situation so ist, wie sie ist. Wir haben die Chance frühzeitiger strenger Konsolidierung, wie ich es in meiner früheren Funktion gefordert habe, nicht genutzt. Mein Vorgänger hat immer gesagt, wir werden die Stadt nicht kaputt sparen - Stimmt - wir nicht, das könnte jetzt der Regierungspräsident machen, denn er ist dran! Ich höre auch noch, wie gesagt wurde: die Lichter werden nicht ausgehen, nun stellen wir fest, die Batterien sind fast leer. Zeit gewonnen, Problem geschoben (Die Renten sind sicher).

Wenn ich bedenke, dass auf dem „Girokonto“ der Stadt Essen, dass vor zehn Jahren ausgeglichen war, sich seit den letzten 10 Jahren nun 2 Mrd. € Minus aufsummiert haben, davon aber rund ein Drittel, ca. 650 Mio. € Folgen der Aufbauhilfe Ost sind, sage ich Ihnen 1. für dieses Drittel des Dispokredits können wir nichts, 2. das ist zunehmend ungerecht! Ich plädiere nicht für eine Abschaffung dieser Transferleistungen, aber ich bin für eine Vergabe nach Bedarf und nicht nach Himmelsrichtung.

Und wenn ich bedenke, wie Bund und Land Aufgaben beschließen, die die Kommunen auszuführen haben, ohne dass den Kommunen gleichzeitig ausreichende Ressourcen gewährt werden, ob beim Ausbau der Kinderbetreuung, bei den Kosten der Unterkunft, um nur zwei große Posten zu nennen, dann beschleicht mich das ungute Gefühl, die Regierenden wissen nicht, wie es um die Kommunen steht.

Und wenn ich bedenke, dass wir in dieser Situation nicht alleine sind, und wir gemeinsam mit den notleidenden Städten des Bergischen Dreiecks und den Ruhrgebietsstädten nur 4,9% der Einwohner deutscher Städte und Gemeinden repräsentieren, aber 32,9 % der bundesweiten Kassenkredite (also des Minus auf dem Girokonto) ausweisen, dann ist das ein Beleg für die strukturellen Probleme einer Region, die trotz aller Erfolge im Strukturwandel noch immer in dem Strukturwandel steht. Die Wirtschaftsministerin NRW beweist Unkenntnis, als Sie, wie vor Jahren geschehen, den Strukturwandel in NRW als beendet erklärt.

Wir werden diese Situation aus eigener Kraft nicht meistern können, deshalb kämpfen wir auch mit den umliegenden Städten – egal welcher „Couleur“ der Oberbürgermeister ist, beim Land Nordrhein Westfalen und beim Bund für eine angemessene, den Aufgaben gerechte finanzielle Ausstattung der Kommunen. Ich fand es schon kaltschnäutig, wie der NRW-Finanzminister Linssen anlässlich der Tagung der sogenannten Memorandumstädte in Essen am 19. Februar auf die finanzielle Situation antwortete: „Pakt einem nackten Mann mal in die Tasche“. Fakt ist, das Land packt den Kommunen mit immer neuen Forderungen und Aufgaben ständig in die Tasche, meine Damen und Herren.

Aber neben unserer Forderung nach Einhaltung des Konnexitätsprinzips - wer bestellt - bezahlt - geht es dabei auch um die Erkenntnis, dass die Städte für die Demokratie systemrelevant sind. Hier leben die Menschen, hier erleben sie die Folgen politischen Handelns zuerst, hier findet Bildung, Kultur, Integration statt, nicht im Land oder im Bund. Es ist vor allem die Stadt, die Gemeinde, die den Menschen Lebensraum bietet. Und wenn man mit der Erkenntnis von heute weiß, dass in ca. 5 Jahren 90% der Städte in NRW ebenfalls in der Überschuldungsfalle stecken, ist dringendes Handeln des Gesetzgebers angesagt .

Aber es ist mir zu einfach nur auf die Verantwortung der höheren Ebenen zu spekulieren. Wir müssen unsere Schularbeiten machen. Nachholen, was wir in Essen versäumt haben, denn Bund und Land werden uns nicht helfen, ohne dass auch wir unser Möglichstes dafür tun, die Überschuldung abzuwenden.

Was machen wir in dieser Situation? Der Kämmerer hat ein Rechenmodell entwickelt, wie wir buchstäblich die Kurve noch kriegen könnten, so dass wir Eigenkapital erhalten, nicht in die Überschuldung geraten und dadurch den §75 GO einhalten.

Ein entsprechender Haushaltsentwurf der Verwaltung liegt nun vor: Dazu mussten wir z.B. die Haushaltsanmeldungen für das Jahr 2010 um mehr als 100 Mio. € reduzieren. Jeder Fachbereich, jedes Beteiligungsunternehmen war in einem strengen, disziplinierten Prozess von oben nach unten gehalten, die finanziellen Vorgaben, die der Kämmerer und ich auferlegt haben, zu erfüllen.

Fakt ist: Wir werden zukünftig in unserer Stadt überall mit scharfen Einschnitten leben müssen, um die Überschuldung zu verhindern – auch hier will ich nur einige Beispiele für Maßnahmen nennen, die ja in der letzten Woche auch ausführlich insbesondere in den Medien diskutiert werden. Dazu gehören beispielsweise der Abbau von Personal in der Stadtverwaltung ebenso wie die Kürzung von Öffnungszeiten der Freibäder, Kürzungen im Kultur- und Sozialbereich und in der Bauunterhaltung sowie zu allerletzt, nachdem jede Sparmöglichkeit förmlich aus dem Haushalt ausgequetscht wurde, auch maßvolle Steuererhöhungen. Auch das machen wir uns nicht leicht:

Die GO sagt zu Steuereinnahmen im §77GO die Gemeinde hat zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderliche Finanzmittel

1. soweit vertretbar und geboten aus speziellen Entgelten für die von ihr erbrachten Leistungen
2. im übrigen aus Steuern

Zu beschaffen, **soweit die sonstigen Finanzmittel nicht ausreichen.**

Letzteres ist gegeben, so dass unser Vorschlag die Grundsteuer um in die Summe 10 Mio. € zu erhöhen und die Gewerbesteuer ebenfalls um diesen Betrag. Also in der Summe in Größenordnung der Erleichterung.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Auch ich – ein neu gewählter OB - bin an diversen Stellen mit unseren Vorschlägen nicht glücklich – insbesondere die Einschnitte im Kinder- und Jugendbereich aber auch die Erhöhung der Gewerbesteuer hätte ich unter bisherigen Vorzeichen vehement abgelehnt. Aber: Die Vorzeichen sind heute andere. Wir müssen die Notbremse dringend ziehen.

Das klingt schlimm, meine Damen und Herren, aber die Alternative wäre indes noch dramatischer, weil die sonst eintretende Überschuldung zu einem radikalen Kahlschlag bei allen freiwilligen Leistungen der Stadt führen würde. Mit fatalen Folgen für die städtische Infrastruktur insgesamt. Es klingt paradox, aber wenn wir nicht sparen, können wir weniger für unsere Stadt erreichen, als wenn wir dramatisch sparen.

Ich bin tief besorgt, dass die Folgen einer Überschuldung eine Abwärtsspirale in Gang setzen würde, von der sich unsere Stadt nie wieder würde erholen können, deshalb bin ich überzeugt, dass wir alles daran setzen müssen, die Überschuldung der Stadt Essen zu verhindern, damit die kommunale Selbstverwaltung zu erhalten und dadurch, wenn Sie so wollen, die Infrastruktur vor dem Zugriff des RP zu sichern.

Die kommunalen Leistungen, die jedoch den Reiz unserer Stadt für die Menschen erst ausmachen wie Sportanlagen, Schwimmbäder, Spielplätze oder auch die Kultureinrichtungen wären schnell bedroht – und lassen Sie mich das vor der aktuellen Diskussion um die Sparvorgaben für die Theater- und Philharmonie GmbH deutlich machen: Diese Einrichtungen würden es im Falle der Überschuldung nach meiner Einschätzung deutlich schwerer haben, als das jetzt der Fall ist. Vor dieser Alternative müssten die Kulturschaffenden die Sparanstrengungen eigentlich schon aus purem Eigeninteresse unterstützen.

Aber das nur am Rande.

Meine Damen und Herren,

Ich wiederhole es immer wieder: Oberstes Ziel muss sein, den Haushalt strukturell so aufzustellen, dass die Überschuldung verhindert wird. Das wird gelingen, deshalb will ich hier keinen Pessimismus verbreiten, sondern die Gelegenheit nutzen will, Ihnen zu verdeutlichen, um was es geht, damit es weitergehen kann in unserer Stadt.

Wir dürfen nicht aus den Augen verlieren, dass es unsere Aufgabe ist, Essen zukunftsfähig zu machen. Und in dieser Diskussion – so meine ich bietet die aktuelle Krise auch Chancen.

Dazu werden nicht nur wir Politiker, sondern alle Akteure der Stadtgesellschaft sich fragen müssen, welche Infrastruktur wir in dieser Stadt zukünftig brauchen werden – und mit welcher Ausrichtung, Quantität und Qualität.

Dabei kann es nicht darum gehen, alles irgendwie Wünschenswerte zu installieren oder aufrecht zu erhalten, denn das werden wir finanziell nicht stemmen können. Es wird vielmehr darum gehen, zu definieren, was wir in unserer Stadt brauchen, um auch in den kommenden 10 bis 15 Jahren den dann gegebenen Rahmenbedingungen gerecht werden zu können.

Ich möchte hier einige Bereiche exemplarisch nennen – ich weiß aber, dass es einige weitere Bereiche gibt, die wir ebenso angehen müssen und auch angehen werden.

Wir werden zukünftig ein klareres Standortprofil brauchen. Bisher standen verschiedene Marken wie „Einkaufsstadt“, „Gesundheitsstandort“, „IT-Metropole“ und „Energiehauptstadt“ nebeneinander. Wir werden uns im Wettbewerb mit anderen Kommunen nur behaupten können und an wirtschaftlicher Attraktivität weiter gewinnen können, wenn wir mit einer klar definierten Marke aufzutreten.

Vor diesem Hintergrund wird sich auch die Essener Wirtschaftsförderung neu aufstellen. Dabei ist mir wichtig, dass sich die Wirtschaftsförderung noch mehr Mittelstands orientiert aufstellt. Dass neben der EWG den städtischen Gesellschaften die lokale Ökonomie wichtig ist, zeigt ein Beispiel in unmittelbarer Umgebung zu diesem Standort. Von den 8,5 Mio. € für den Umbau des BfZ sind trotz EU-weiter Ausschreibung 50% in Essen, und 20% des Volumens in der Region vergeben worden – das ist gut!. Sich als Handwerksbetrieb an solchen Ausschreibungen zu beteiligen, ist schwer, bis oft nicht möglich, auch hier könnten wir noch mehr Partner des Handwerkes sein. Was ich Ihnen vermitteln will, ist: ich will dass im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten das von dem von der Stadt und den städtischen Beteiligungen vergebenen Auftragsvolumen so viel wie möglich in der Stadt und der Region verbleiben.

Die Schulinfrastruktur und die angebotenen Schulformen werden sich beschleunigt an die perspektivisch sinkenden Schülerzahlen anpassen müssen. Trotzdem muss im Ergebnis mehr Bildung herauskommen, auch das ist wichtig für sie. Sie brauchen geeignete Auszubildende, damit sie auch später geeignete Fachkräfte haben. Also mein Appell: bilden sie auch weiterhin junge Menschen aus!

Und auch im Bereich der Wohnbebauung müssen wir mit anderen, innovativen Wohnformen Antworten auf eine sich verändernde Gesellschaft. Mehrgenerationen-Wohnen, ambulant betreute Wohngemeinschaften oder betreute Wohnanlagen werden sicher ebenso an Bedeutung gewinnen wie attraktive Single-Wohnungen. Das Konzept für das neue Universitätsviertel, wie auch Konzepte verschiedener Wohnungsbaugesellschaften, ich darf hier aber insbesondere die Allbau AG nennen, setzen hier Zeichen. Übrigens, alles, was sich hier entwickeln wird und muss, bedeutet Auftragsvolumen für das Handwerk. Die Aufgabe von Verwaltung und Politik ist es, den Rahmen dafür schnell zur Verfügung zu stellen.

Meine Damen und Herren,

das sind nur einige wenige willkürliche Beispiele. Die Berichterstattungen über die in der letzten Woche vorgestellten Haushalts-Eckpunkte zeigt mir deutlich, dass Diskussion über Veränderungsprozesse in Ansätzen schon in Gang sind – auch, wenn ich mir hin und wieder eine konstruktivere Diskussion wünschen würde. Aber das ist meine persönliche Meinung.

Ich bin aber auch zutiefst davon überzeugt, dass wir die gewaltigen Herausforderungen nur dann werden meistern können, wenn wir auf der Basis einer breiten Diskussion am Ende zu Lösungen kommen werden, die als gerecht empfunden werden.

Das wird ein hartes Stück Arbeit werden, zu der wir alle – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – gemeinsam einen Beitrag leisten müssen.

Lassen Sie uns reden, zuweile um die beste Lösung auch streiten für unsere lebens- und liebenswerte Stadt insgesamt aber an einem Strang ziehen.

So zu sagen: Hand in Hand für Essens Zukunft.